

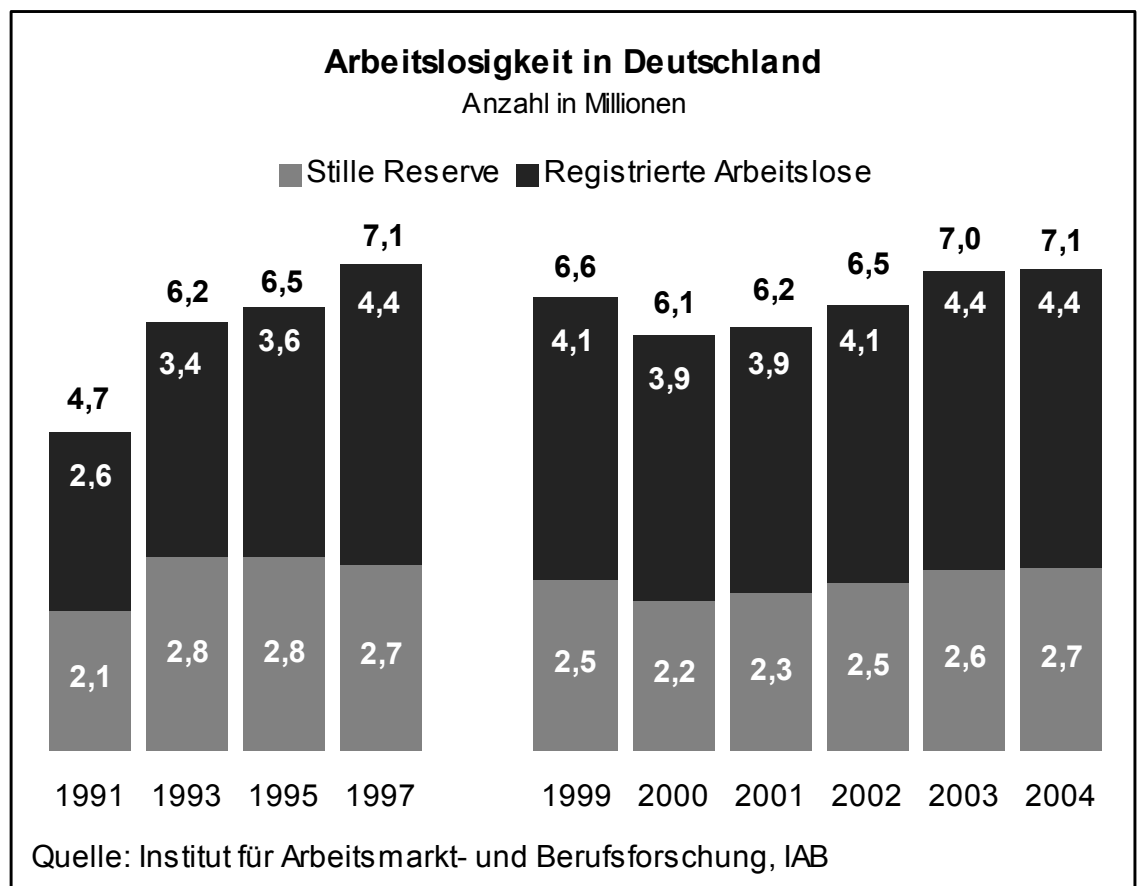


Wirtschaft aktuell 03/2005

7 Millionen Gründe für eine effektive Wachstums- und Beschäftigungspolitik

Für Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement ist jeder Arbeitslose ein Grund, „mit aller Konsequenz“ den Reformkurs am Arbeitsmarkt fortzusetzen. Allerdings er setzt auf das falsche Pferd. Denn mit dem Herzstück der Hartz-Reformen, dem „Fördern und Fordern“ und der Deregulierung des Arbeitsmarktes bewirkt er vor allem eines: Druck auf Arbeitslose, weniger Unterstützung, Ausbau der Leiharbeit, der Mini- und Niedriglohn-Jobs, Abbau des Kündigungsschutz. Keines dieser Instrumente wird die Probleme am Arbeitsmarkt lösen. Denn die Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit ist: Das Wachstum ist zu schwach! Was Deutschland wirklich braucht, ist eine effektive Wachstums- und Beschäftigungspolitik.

Januar 2005: Rekordarbeitslosigkeit in Deutschland. **Weit mehr als sieben Millionen Menschen sind ohne Arbeit!** Fünf Millionen registrierte und weitere 2,7 Millionen, die Arbeit suchen, aber keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben (Stille Reserve).



Den sieben Millionen Arbeitslosen stehen knapp **270.000 offene Stellen** gegenüber. Die „Arbeitsmarktreformen“ gleichen daher dem Versuch, einen um Nummern zu kleinen Anzug anzuziehen. Man kann zerren und die Luft anhalten wie man will, das Ding passt einfach nicht. Selbst eine Diät hilft nicht weiter. Es führt kein Weg an einem größeren Anzug vorbei. - Nun sieht Herr Clement nicht so aus, als habe er je Probleme mit zu enger Kleidung gehabt. Daher ist das Beispiel für ihn wahrscheinlich unverständlich. Was wir aber brauchen, sind effektive wirtschaftspolitische Reformen.



Neue Arbeitsplätze entstehen nur dann, wenn der Wirtschaftsmotor brummt. Die Diagnose für Deutschlands Krankheit liegt auf der Hand: Die Nachfrage ist zu gering. Nötig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein „**Policy-Mix**“: Unsere Nachfrageschwäche muss mit einem ganzen Bündel von Schritten bekämpft werden.

▪ **Konjunktur stabilisieren!**

Wenn das Geld in der Krise knapp wird, darf der Staat die Ausgaben nicht zurückfahren! Sonst verschärft er die Krise. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt führt uns in die Sackgasse. Die Regierungen sparen und sparen. Die Konjunktur braucht aber Luft zum Atmen! **Unsere Forderung:** Stabilitäts- und Wachstumspakt reformieren, 3-Prozent-Defizit-Kriterium streichen, langfristige Konsolidierung der Staatshaushalte.

▪ **Mehr öffentliche Investitionen!**

Nur 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert die öffentliche Hand in die Infrastruktur. Noch nie war die staatliche Investitionsquote so niedrig wie heute. Investitionen in die Infrastruktur - also in Bildung, Forschung, Verkehr, Energieversorgung oder in den Umweltschutz - sind Investitionen in die Zukunft! Sie sichern Wachstum und Arbeitsplätze. **Unsere Forderung:** Investitionsquote um ein Prozent erhöhen. Würde der Staat stetig 20 Milliarden Euro mehr investieren, könnten mehr als 500.000 neue Arbeitsplätze entstehen!

▪ **Steuergerechtigkeit!**

Wer staatliche Leistungen in Anspruch nimmt, muss dafür bezahlen! Das gilt besonders für Unternehmen und Reiche. Es gibt keinen Anlass für Steuersenkungen für Unternehmen. Steuersenkungen verschärfen die ökonomischen Probleme. Es geht nicht an, dass notwendige Zukunftsinvestitionen zugunsten von Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche reduziert werden. **Unsere Forderung:** Spitzensteuersätze wieder auf 45 %, steuerliche Vermeidungsmöglichkeiten abbauen, europaweit die Unternehmensteuern harmonisieren, Vermögensteuer wieder einführen, Erbschaftsteuer reformieren.

▪ **Kommunalfinanzen stärken!**

Zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen kommen von den Kommunen. Die schwache Konjunktur trocknet die Kassen der Kommunen aus. Deshalb werden viele Zukunftsinvestitionen gestrichen. **Unsere Forderung:** Einführung einer stabilen Einnahmehasis für die Kommunen, deshalb Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Gemeindewirt-

schaftsteuer auf Gewinne, Zinsen, Pachten und Leasingraten von allen Unternehmen, Selbständigen und Freiberuflern.

▪ **EZB: Leitzinsen senken!**

Deutschland hat die höchsten realen Leitzinsen in der Eurozone. Das behindert Konsum und besonders die Investitionen! Es gibt keine Inflationsgefahren in Europa. **Unsere Forderung:** Leitzinsen senken! Die EZB verantwortlich machen für Wachstum und Arbeitsplätze, nicht nur für die Geldwertstabilität. Eine konjunkturgerechte Zinspolitik fördert Investitionen. Dadurch können bis zu 500.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

▪ **Leistungsgerechte Löhne!**

Lohnzurückhaltung schadet der Konjunktur! Das zeigt die Wachstumsbilanz der letzten Jahre. Statt zu investieren, konsolidieren die Unternehmen ihre Bilanzen. „Damit bestätigt sich, dass die Nachfrage ... für die Investitions- und Beschäftigungsentscheidung der Unternehmen offensichtlich wichtiger ist als die Lohnkosten“, schrieb Prof. Bofinger in einer Minderheitsmeinung in das Herbstgutachten der fünf „Wirtschaftsweisen“. **Unsere Forderung:** Löhne müssen im Gleichschritt mit der Leistung (Produktivität) und den Preisen steigen. Das stärkt die Binnenkonjunktur mit mehr Kaufkraft der Beschäftigten, mit mehr privater Nachfrage, mit Erweiterungsinvestitionen und mit mehr Beschäftigung aber weniger Arbeitslosen!

▪ **Kürzere Arbeitszeiten!**

Wird die Arbeitszeit verlängert, ist weniger Personal nötig, nicht mehr. Die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit mag kurzfristig steigen, langfristig ziehen die Konkurrenten aber nach. Das ist kein Gewinn, schon gar nicht volkswirtschaftlich. **Unsere Forderung:** Wir brauchen kürzere Arbeitszeiten: 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer, mehr Teilzeitarbeit, Abbau von Überstunden. Das bringt Arbeitsplätze. Mit einer vernünftigen Arbeitszeitpolitik könnten über 1,5 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Allein im systematischen Abbau von Überstunden und im weiteren Ausbau von Teilzeitarbeit liegt ein Potential von mehreren 100.000 neuen Arbeitsplätzen.

Die „Reformen“ der Bundesregierung sind unbrauchbar. Zumindest wenn es um Wachstum und Arbeitsplätze geht. - Reformen müssen an der Wurzel der Arbeitslosigkeit ansetzen, der falschen Wirtschaftspolitik. **Deshalb: Es gibt sieben Millionen Gründe für eine bessere Wirtschaftspolitik!**